

Nr. 19/521

Änderung der Bremischen Landesverfassung zur Neugestaltung des Immunitätsrechts – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung zur Änderung des Immunitätsrechts

vom 12. Dezember 2016

(Drucksache [19/871](#))

3. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Nr. 19/522

Neugestaltung des Immunitätsrechts – Änderung der Anlage 2 zur Geschäftsordnung

Bericht und Antrag des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung zur Änderung des Immunitätsrechts

vom 12. Dezember 2016

(Drucksache [19/872](#))

Anlage 2

Immunitätsrichtlinie der Bremischen Bürgerschaft zu Artikel 95 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (BremLV)

1. Der Schutz des Art. 95 Abs. 1 BremLV erstreckt sich auf Verhaftungen sowie sonstige die Freiheit und die Ausübung des Mandats beschränkende Maßnahmen.
2. Unter den Begriff der Verhaftung fallen alle Arten von Freiheitsentziehungen, insbesondere die Strafhaft, die Untersuchungshaft, die vorläufige Festnahme nach §§ 127, 127 b StPO, die Unterbringung nach § 81 StPO, die einstweilige Unterbringung nach § 126 a StPO, Maßnahmen der Sicherung und Besserung, Ersatzfreiheitsstrafen und andere Haftarten, wie Erzwingungshaft, Schutz-, Beuge- und Zivilhaft sowie die Unterbringung nach dem PsychKG.
3. Unter sonstigen die Freiheit eines Abgeordneten beschränkenden Maßnahmen sind solche Maßnahmen zu verstehen, die die körperliche Bewegungsfreiheit des Abgeordneten für eine gewisse Zeit aufheben, wie z.B. körperliche Untersuchungen, Aufenthaltsbeschränkungen, Platzverweise, vorübergehendes polizeiliches Anhalten oder Festhalten.

Dieser Schutz gegen Beschränkungen der persönlichen Freiheit besteht nur unter der zusätzlichen Voraussetzung, dass mit ihnen die Ausübung des Mandats eingeschränkt wird.

4. Anträge auf Aufhebung der Immunität können Staatsanwaltschaften, Gerichte, Polizeibehörden, Privatkläger und Gläubiger im Vollstreckungsverfahren, soweit das Gericht nicht auch ohne deren Antrag tätig werden kann, stellen.
5. Die Präsidentin oder der Präsident überweist die Anträge ohne Mitteilung an die Bürgerschaft an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

6. Das Immunitätsrecht bezweckt vornehmlich, die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Bürgerschaft sicherzustellen. Die einzelnen Abgeordneten haben einen Anspruch auf eine von sachfremden, willkürlichen Motiven freie Entscheidung.
7. Die Entscheidung über die Aufhebung der Immunität trifft der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss mit der Mehrheit von drei Vierteln seiner Mitglieder stellvertretend für die Bürgerschaft in eigener Verantwortung. Die Entscheidung beinhaltet keine Feststellung von Recht oder Unrecht, Schuld oder Nichtschuld.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung zur Änderung des Immunitätsrechts Kenntnis.

Nr. 19/523

Regierungserklärung des Senats zum Thema „Bund-Länder-Finanzbeziehungen“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats zum Thema „Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ Kenntnis.

Nr. 19/524

Fragestunde

1. Inwieweit finden Wirtschaftlichkeitsprüfungen des Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) statt?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 3. November 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Wohin mit Dämmmaterialien, die Hexabromcyclododecan enthalten?
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. November 2016

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

3. Sprachermittlungsapp für Kontaktpolizisten
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. November 2016
4. Auszahlung von Überstunden bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. November 2016
5. Ermittlungen im „Darknet“
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. November 2016
6. Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. November 2016
7. Organisationsassistenz – Projekt zur Vermeidung von rechtlicher Betreuung
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. November 2016

8. Digitale Testfelder für automatisiertes Fahren auch im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 8. November 2016
9. Umsetzungsstand der geschlossenen Einrichtung für kriminelle Jugendliche
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. November 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Geplantes Verbot von Ad-Blockern
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD
vom 10. November 2016
11. Digitalisierung des nationalen Filmerbes
Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Elombo Bolayela, Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 10. November 2016
12. Anrechnung von beruflich erworbenen Kompetenzen nach § 56 Bremisches Hochschulgesetz (BremHG) im Master of Education
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 16. November 2016
13. Bewerbungen für das Referendariat an Schulen zum 1. Februar 2017
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 16. Dezember 2016
14. Abgelehnte Asylbewerber im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 28. November 2016
15. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot von Tanz- und Unterhaltungsveranstaltungen am Karfreitag
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 1. Dezember 2016
16. Aufenthaltsstatus afghanischer Staatsangehöriger im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 6. Dezember 2016
17. Ausschluss von EU-Bürgerinnen/EU-Bürgern von Sozialleistungen – Abstimmungsverhalten des Senats im Bundesrat
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 6. Dezember 2016
18. Einnahmen des Landes Bremen und der Stadtgemeinden aus VBL-Rückzahlungen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 7. Dezember 2016
19. Eheschließungen in Bremen gemäß § 1303 Absatz 2 bis 4 BGB
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 8. Dezember 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/525

Systematisches Versagen in der Bildungspolitik stoppen – „Sofortprogramm Bildung“ starten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/852](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/526

Aufgabenwahrnehmung der Bürgerbeauftragten der Senatsressorts

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. August 2016
(Drucksache [19/711](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2016

(Drucksache [19/769](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/527

Fiskalische Auswirkungen des Sanierungsprogramms 2012/2016 auf die Freie Hansestadt Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. August 2016
(Drucksache [19/713](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2016

(Drucksache [19/770](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/528

Berufsanerkennung und -beratung im Land Bremen aktiver, sichtbarer und effektiver gestalten

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. November 2016
(Neufassung der Drucksache [19/724](#) vom 6. September 2016)
(Drucksache [19/845](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich in Abstimmung mit den im Land Bremen zuständigen Stellen für eine pragmatische Anerkennungspraxis, einheitliche, praktikable, vollständige und transparente Durchführungsverordnungen und Handlungsanweisungen sowie einheitliche und im Ländervergleich angemessene Regelungen im Hinblick auf Sprachanforderungen, Teilanerkennungen und fehlende Dokumente im Anerkennungsverfahren einzusetzen, sowie zu prüfen, wie die Koordinierung dieser Aufgaben gestärkt werden kann.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die zuständigen Stellen in seinem Verantwortungsbereich mit den notwendigen Ressourcen und Kompetenzen auszustatten und dort Kundenorientierung, Kooperationsbereitschaft und Servicequalität auszubauen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Anerkennungsberatung im Land Bremen unter Nutzung der zur Verfügung stehenden Bundesmittel im Umfang von zwei Vollzeitäquivalenten aufzustocken und die Stellen zügig zu besetzen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass bislang nicht berücksichtigte Qualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen der ESF-geförderten Vorbereitung auf die Externenprüfung (Nachqualifizierung) stärker berücksichtigt werden.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Möglichkeit der Berufs- anerkennung und die Angebote der Anerkennungsberatung im Land Bremen bekannter zu machen und stärker zu bewerben. Die Informationsangebote müssen mehrsprachig und in den Lebenswelten der jeweiligen Zielgruppe zur Verfügung stehen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr die nach § 17 BremBQFG anzufertigende jährliche Landesstatistik über die Verfahren zur Gleichwertigkeitsfeststellung von ausländischen Berufsqualifikationen für die Jahre 2014 und 2015 unverzüglich vorzulegen und dies zukünftig jährlich unaufgefordert zu tun.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr innerhalb von sechs Monaten nach Verabschiedung des Antrags über die zu den Punkten 1 bis 5 ergriffenen Maßnahmen und erzielten Ergebnisse zu berichten.

Nr. 19/529

Fahrverbot als Sanktion bei wiederholter Nutzung des Mobiltelefons während der Fahrt

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Oktober 2016
(Drucksache [19/785](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative einzubringen, die vorsieht, dass

1. in § 23 Absatz 1 a StVO auch die Benutzung von Smartphones und Tablets während der Fahrt nicht erlaubt sind und
2. in § 49 StVO sowie in § 4 BKatV das wiederholte Verstoßen gegen § 23 Absatz 1 a StVO zusätzlich zum bestehenden Bußgeld und dem einen Punkt im Fahreignungsregister mit einem Fahrverbot von einem Monat sanktioniert werden kann.

Nr. 19/530

Für ein Teilhabegesetz, das seinen Namen verdient

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 25. Oktober 2016
(Drucksache [19/788](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/531

Bundesteilhabegesetz verbessern

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. November 2016
(Drucksache [19/818](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/532

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 1. November 2016

(Drucksache [19/807](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/533

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes

Mitteilung des Senats vom 29. November 2016

(Drucksache [19/857](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/534

Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts in der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 5. April 2016

(Drucksache [19/352](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/535

Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts in der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

vom 5. Dezember 2016

(Drucksache [19/864](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zur Drucksache 19/352 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 19/536

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Völker- und Menschenrechtsverletzungen mit Solidarität und Entschlossenheit entgegentreten!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

vom 13. September 2016

(Drucksache [19/730](#))

2. Mittelausschöpfung der Jobcenter 2016

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 5. September 2016

(Drucksache [19/723](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. November 2016

(Drucksache [19/809](#))

3. Mittelausschöpfung der Jobcenter Bremen und Bremerhaven aktuell verbessern und für die Zukunft absichern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. September 2016
(Drucksache [19/743](#))
4. Umsetzung der gemeinsamen Vorschläge der Fraktionen im Abschlussbericht des „Ausschusses zur Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung“ im Bereich Kinderarmut
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. September 2016
(Drucksache [19/727](#))

D a z u
Mitteilung des Senats vom 1. November 2016
(Drucksache [19/810](#))
5. Bericht des Senats über die Umsetzung der im Abschlussbericht des Ausschusses der Bremischen Bürgerschaft zur „Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung“ empfohlenen Maßnahmen
Mitteilung des Senats vom 13. September 2016
(Drucksache [19/734](#))
6. Armutsbekämpfung gehört auch in dieser Legislaturperiode ganz oben auf die politische Agenda!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Dezember 2016
(Drucksache [19/880](#))
7. Bundeswehr im Innern: Aktionismus und Panikmache?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 23. September 2016
(Drucksache [19/752](#))

D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 2016
(Drucksache [19/793](#))
8. Sozial ungerechte Abgeltungsteuer abschaffen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. September 2016
(Drucksache [19/754](#))
9. Klimaschutz verstärken – Kohleausstieg realisieren
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Februar 2016
(Neufassung der Drucksache [19/259](#) vom 4. Februar 2016)
(Drucksache [19/286](#))
10. Klimaschutz verstärken – Kohleausstieg realisieren
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 6. Oktober 2016
(Drucksache [19/766](#))
11. Panama-Papers, Bahamas-Leaks: Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verhindern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Oktober 2016
(Drucksache [19/767](#))

12. Bericht der Besuchskommission für den Zeitraum August 2013 bis April 2016 nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 2016
(Drucksache [19/778](#))
13. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2016
(Drucksache [19/867](#))
1. Lesung
14. Europapolitische Bildung stärken – Erasmus+ nutzen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Oktober 2016
(Drucksache [19/781](#))
15. Polizei entlasten – Schwertransporte von Privaten begleiten lassen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 20. Oktober 2016
(Drucksache [19/782](#))
16. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (BremBG)
Antrag der Fraktion der FDP
vom 24. Oktober 2016
(Drucksache [19/783](#))
1. Lesung
17. Weservertiefung als wichtiges Infrastrukturprojekt für Bremen und Bremerhaven begreifen und umsetzen!
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 25. Oktober 2016
(Drucksache [19/787](#))
18. Die Zukunft der bremischen Häfen sichern!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Dezember 2016
(Drucksache [19/868](#))
19. Cybergrooming im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Oktober 2016
(Drucksache [19/786](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. November 2016
(Drucksache [19/859](#))
20. Weiterbildung der Arbeitnehmer fördern - Bremisches Bildungsurlaubsgesetz modernisieren
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Oktober 2016
(Drucksache [19/802](#))
21. Jugend im Parlament 26. bis 30. September 2016
Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 2. November 2016
(Drucksache [19/813](#))

22. Keine Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten aus dem Kosovo und anderen Balkanstaaten während der Wintermonate
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2016
(Drucksache [19/815](#))
23. Verbot der Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 3. November 2016
(Drucksache [19/819](#))
24. Fairen Rundfunkbeitrag für Studenten und Auszubildende einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 2016
(Drucksache [19/823](#))
25. 20. Tätigkeitsbericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, 2014 bis 2015
Mitteilung des Senats vom 6. September 2016
(Drucksache [19/726](#))
26. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 20. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2015, Mitteilung des Senats vom 6. September 2016, Drucksache [19/726](#) vom 15. November 2016
(Drucksache [19/833](#))
27. EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode
Mitteilung des Senats vom 19. April 2016
(Drucksache [19/387](#))
28. EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode
Bericht und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit vom 16. November 2016
(Drucksache [19/836](#))
29. Sexualisierte Gewalt: Betroffene Mädchen und Jungen brauchen klaren Rechtsanspruch auf Beratung!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. November 2016
(Drucksache [19/837](#))
30. „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2015
(Drucksache [19/18](#))
31. Sicherheitsgefühl stärken – Aufklärung von Einbrüchen verbessern!
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/432](#))
32. „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen
Sicherheitsgefühl stärken – Aufklärung von Einbrüchen verbessern!
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 17. November 2016
(Drucksache [19/838](#))

33. Vorlage von gefälschten Ausweispapieren ist kein Kavaliersdelikt!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. November 2016
(Drucksache [19/840](#))
34. Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. November 2016
(Drucksache [19/842](#))
35. Steuer-Spielräume nutzen – Familien entlasten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. November 2016
(Drucksache [19/848](#))
36. Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 28. November 2016
(Drucksache [19/850](#))
37. Alkohol darf keine Versuchung an der Supermarktkasse sein
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/851](#))
38. Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen – Zukunftsfähigkeit Bremer Abschlüsse sichern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2016
(Drucksache [19/854](#))
39. Traditionsschiffahrt braucht ruhige See!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Dezember 2016
(Drucksache [19/870](#))
40. 2. Gesetz über Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden für Sondernutzungen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 13. Dezember 2016
(Neufassung der Drucksache [19/876](#) vom 13. Dezember 2016)
(Drucksache [19/879](#))
1. Lesung

